

UZ podium

UZ

Mittelamerika, der USA-Imperialismus und wir" - unter diesem Motto stand eine Gesprächsrunde, zu der UZ kompetente Gesprächspartner eingeladen hatte. In rund 90 Minuten vermittelten Prof. Dr. sc. Jürgen Kübler, Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus, Dr. Jürgen Grubitzsch, stellv. Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“, und Estrella Fernandez, stellv. Direktorin der Fakultät für Journalistik der Universität Havana, Informationen, Erkenntnisse und Erfahrungen zu Mittelamerika, einem Brennpunkt der gegenwärtig zugespitzten Klassenkonflikte. Ziel des Gesprächs war es, ausgehend von der Analyse der Lage in Mittelamerika den Platz zu bestimmen, den die Länder dieser Region im gegenwärtig verschärften Kampf um Frieden und Abrüstung einnehmen.



Der revolutionäre Weltprozeß ist auch in Mittelamerika nicht aufzuhalten!

UZ-Rundtischgespräch zur aktuell-politischen Situation in Mittelamerika

UZ: Bisher betrieb der USA-Imperialismus gegenüber vielen mittelamerikanischen Staaten eine Politik der Ausbeutung und Unterdrückung. Über Jahrzehnte hinweg schien er dort die Zügel straff in der Hand zu halten. Nun ergreifen sie ihm zunehmend. Weshalb kommt es gerade heute in Mittelamerika zu einer Zuspitzung des Klassenkampfes?

Prof. Kübler: Die Entwicklung der Klassenkämpfe in Mittelamerika kann nicht losgelöst von der internationalen Klassenkampfsituation gesehen werden. So wie in anderen Regionen der Welt war die Situation in Mittelamerika bereits in den 70er Jahren durch ein Anwachsen der Kämpfe gekennzeichnet. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Präsenz und Ausstrahlungskraft Kubas, des ersten sozialistischen Staates auf dem amerikanischen Kontinent. Die ökonomische und soziale Entwicklung in diesem Land gab den Kämpfern der nationalen Befreiungsbewegung in Nicaragua, Guatemala u. a. Staaten wichtige Impulse für ihren Kampf. Das bewußte stark das Anwachsen des subjektiven Faktors, der Bewußtheit und Organisiertheit der nationalen-progressiven Kräfte. Diese Entwicklung ist ausschlaggebend dafür, daß dem US-Imperialismus in dieser Region heute immer stärker die Grenzen seiner Macht vor Augen geführt werden.

Dr. Grubitzsch: Dabei möchte ich betonen, daß in der USA-Imperialismus in der Vergangenheit nichts unversucht ließ, um seine Machtpositionen in der Mittelamerika-Region zu halten und auszubauen. Das zeigte sich z. B. in der offenen Unterstützung der Somoza-Diktatur in Nicaragua bis 1979 oder auch in der von Kennedy und Nixon verfochtenen Konzeption, Mittelamerika durch eine flexiblere, verschleierte Politik zu beherrschen. Heute, nach dem Sieg der revolutionären Kräfte in Nicaragua, betreiben die USA eine Politik, die letztlich darauf abzielt, die revolutionäre Volksmacht in Nicaragua von innen zu stürzen oder aber dieses Land in einen bewohlenen Konflikt mit Honduras zu bringen, der für das Pentagon Anlass wäre, militärisch einzugreifen.

UZ: Gibt das derzeitige Kräfteverhältnis in dieser Region eine Gewähr für den weiteren erfolgreichsten Weg in Nicaragua?

Prof. Kübler: Das ist jetzt eine prognostische Frage, deren Beantwortung von vielen Faktoren abhängt. Wer das nikaraguanische Volk kennt, weiß, daß es nicht zu bezwingen ist. Jedoch werden die USA

allen daransetzen, um dieses tapfer kämpfende Volk wieder fest in US-amerikanische Abhängigkeit zu bringen. Denn mit Nicaragua würde ein weiteres Land aus dem „Hinterhof“ der USA „ausbrechen“. Fest steht: Für das nikaraguanische Volk stehen harte Jahre bevor. Doch zugleich muß man dabei folgendes berücksichtigen: Das in Einheit kämpfende Volk hat große Erfahrungen im revolutionären Kampf gewonnen, wobei sich die Sandinistische Befreiungsfront zu einer revolutionären Avantgarde entwickelt hat, die tief im Volk verwurzelt ist. Die Sandinisten haben es verstanden, die Machtfrage als entscheidende Frage der Revolution zu lösen. Wer immer Nicaragua heute angreift, wird sich der bewaffneten Staatsmacht, der kampfbereiten Einheitsfront des nikaraguanischen Volkes gegenübergestellt sehen. Meiner Meinung nach ist Nicaragua nur durch Völkermord zu besetzen! Diese Erkenntnis setzt sich übrigens zunehmend auch bei real denkenden Kreisen im US-Parlament durch.

Dr. Grubitzsch: Wenn wir über das heutige Kräfteverhältnis in Nicaragua sprechen, müssen wir uns noch einmal die Situation vom Juli 1979 vergegenwärtigen. Nachdem Somoza und dessen Clique gestürzt waren, schufen die Sandinisten erstmalig in der Geschichte des Landes demokratische Staatsorgane, führten Mindestlöhne und kostenlose Bildungsmöglichkeiten für alle ein und errichteten erste Ambulanzen für kostenlose medizinische Betreuung. Diese Maßnahmen wurden von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt, da sie eine Verbesserung der sozialen Lage mit sich brachten. Bis zu einem gewissen Punkt unterstützten diesen Demokratisierungsweg auch Teile der Großbourgeoisie, die von der Somoza-Clique in ihrem Streben nach Profiten gehemmt wurden. Trotzdem darf nicht übersehen werden, daß im Lande noch konterrevolutionäre Elemente existieren, die offen gegen die sandinistische Staatsmacht auftreten. So ist z. B. eine der drei Tageszeitungen das Sprachrohr der Konterrevolution.

UZ: Welche Rolle spielen die Kommunisten heute in Nicaragua?

Prof. Kübler: Die Kommunisten spielen eine wichtige Rolle innerhalb der Sandinistischen Befreiungsfront. Sie treten entsprechend den Zielen der Sandinistischen Front für eine pluralistische, demokratische Gesellschaftsordnung ein. Der nikaraguanische Innenmi-

nister Thomas Borge, einer der kampfereiftesten Kommunisten des Landes, hat aber ausdrücklich erklärt, daß sich der Pluralismus im Rahmen der Revolution bewegen muß und sich nicht gegen sie richten darf. Auf der Grundlage dieser Vorstellungen arbeiten die Kommunisten in Nicaragua mit kleinbäuerlichen Kräften und real denkenden Vertretern der einheimischen Großbourgeoisie zusammen.

B. Fernandez: Wie schwer der Integrationsprozeß in Nicaragua ist, habe ich auch während meines Lehraufenthaltes an der Universität Managua erfahren. Der Klassenkampf geht dort teilweise bis in die Seminargruppen, in denen - besonders in den höheren Studienjahren - progressive Studenten mit reaktionären, noch vor der Revolution immatrikulierten, studieren. Eine öfter offene Auseinandersetzung habe ich während der revolutionären Umwälzung in Kuba Anfang der 60er Jahre nicht kennengelernt. Mit welcher Schwierigkeit es die Kommunisten in Nicaragua zu tun haben, wird auf vielen Ebenen deutlich. Ob müssen sie, um eine breite progressive Einheitsfront zu bilden, ihre Kampfaktive ändern. Zum Beispiel können von den Kommunisten angeregte Gesetzentwürfe vielfach nicht in der Öffentlichkeit als kommunistisch deklariert werden. Aus all dem wird sichtbar, daß es die Kommunisten in Nicaragua heute mit sehr komplizierten und komplexen Problemen zu tun haben, die ein großes Maß an Sachkenntnis und politisches Geschick erfordern.

UZ: Den Sandinisten wird besonders von bürgerlichen Ideologen nachgesagt, sie wollten in Nicaragua die kubanische Entwicklung kopieren. Kann man denn aus der bisherigen Entwicklung schließen, daß - wie diese Leute unterstellen - Nicaragua auf dem Wege ist, ein zweites Kuba zu werden?

E. Fernandez: Nein, das kann man nicht. Ich habe ja bereits darauf hingewiesen, daß der Klassenkampf viel offener in Nicaragua geführt wird als damals in Kuba. Natürlich weisen Revolutionen, die den Sozialismus als Ziel haben, stets auch ähnliche Züge auf, wie z. B. bei der Aufgabe, das Analphabetentum zu beseitigen. Das ist weder eine „Idee“ Fidel Castros noch der sandinistischen Führer. Der wesentliche Unterschied zwischen beiden Revolutionen besteht darin, daß das internationale Kräfteverhältnis Anfang der 60er Jahre, also zu Zeiten der kubanischen Revolution, völlig anders aussah, als das heute der Fall ist. Das internationale Kräfte-

verhältnis muß bei der Analyse jeder Revolution unbedingt berücksichtigt werden. So können die sandinistischen Kräfte heute davon ausgehen, daß die gewachsene Macht der Länder des Sozialismus, die solidarisch an ihrer Seite stehen, heute noch wesentlich stärker wirkt als 1960. Daran können auch die imperialistischen Kräfte in ihren konterrevolutionären Bestrebungen nicht vorbeisehen. Eine weitere Besonderheit der nikaraguanischen Revolution sehe ich auch schließlich darin, daß der revolutionäre Prozeß im Unterschied zu Kuba 1960 langsamer und unter noch komplizierteren Bedingungen abläuft.

Prof. Kübler: Natürlich muß man dabei auch sehen, daß die nikaraguanische Revolution den historischen Vorteil hat, die Erfahrungen der kubanischen Genossen in ihrem Kampf zu nutzen. Für alle Revolutionen, also auch für die in Nicaragua, gilt natürlich die Leninische Erkenntnis, daß die allgemeinen Gesetzmäßigkeiten stets landesspezifisch angewendet werden müssen.

UZ: Nicht nur in Nicaragua, sondern auch in El Salvador, Guatemala sind revolutionäre Prozesse im Gange. In Grenada ist es den US-Imperialisten gelungen, die revolutionäre Entwicklung zu unterbrechen. Der antiimperialistische Kampf in dieser Region wird weiter zunehmen. Wie können wir ihn unterstützen?

Dr. Grubitzsch: Zuerst einmal dadurch, daß wir den Sozialismus allseitig stärken. Denn je stärker wir sind, desto größere Möglichkeiten haben wir auch, durch materielle Hilfe den revolutionären Prozeß in Mittelamerika wirksam zu unterstützen. Jede medizinische Einrichtung, die z. B. aus unseren Mitteln heute in Nicaragua errichtet wird, stärkt die sandinistische Volksfrontierung.

Prof. Kübler: Wichtig ist dabei auch, daß wir uns in unserer Solidarität durch zeitweilige Rückschläge wie in Grenada nicht entmutigen lassen. Das Beispiel Grenada macht deutlich, daß der US-Imperialismus vor keiner Aggression zurückschreckt, wenn sie ihm erfolgversprechend erscheint. Das ist auch für den weltweiten Friedenskampf von großer Bedeutung. Für uns kann es nur darum gehen, mit einem ökonomisch wie militärisch starken Sozialismus dem Imperialismus die Grenzen seiner Macht zu zeigen.

(Für die UZ waren dabei: Grace Pönitz, Fred Bärbeck, Michael Bauhoff und Ronald Ufer, SG 31, Sektion Journalistik)

Fragen, die uns bewegen - Argumente, die wir brauchen

Politökonomisches Symposium der Leipziger Imperialismusforschungsgruppen untersucht wichtige Aspekte der Menschheitsentwicklung

Wie in der UZ vom 9. Dezember berichtet, befaßte sich das VIII. Politökonomische Symposium der Leipziger Imperialismusforschungsgruppen mit globalen Problemen und deren Einordnung in Lehre und Forschung. Die breite Beteiligung von Wissenschaftlern verschiedener gesellschaftswissenschaftlicher Disziplinen - Politikökonomen, Philosophen, Staatsrechtler, Weltwirtschaftler und Journalisten - belegte das große Interesse und den hohen Stellenwert eines umfassenden Meinungsaustausches zu diesem Gegenstand. Es herrschte Einvernehmen, globale Probleme als „akute Widersprüche, Disproportionen, Funktions- und Gleichgewichtsstörungen im universellen Beziehungssystem Natur - Mensch - Gesellschaft mit brennendem Konflikt- und Bedrohungspotential und nachhaltigem Einfluß auf die Weltentwicklung wie auf die internationale Klassenaueinanderstellung“ zu definieren.

Daneben sind die existentielle Bedrohung der Menschheit durch einen Weltkrieg, die Unterentwicklung der meisten Länder, die relative Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelverknappung, die Disproportionen zwischen Bevölkerungswachstum und Entwicklungsdynamik der Produktivkräfte sowie die Gefährdung der natürlichen Umwelt zweifellos als globale Probleme zu charakterisieren. Damit ist keineswegs die Ausweitung bereits existierender Wi-

Wachstumsraten im Tempo der Industrialisierung in einer Reihe von Entwicklungsländern haben keinesfalls die Anbahnung sozialen Elends verhindert. Wohl aber wurden die Verschuldung gegenüber den imperialistischen Ländern sowie die strukturellen Ungleichgewichte in der nationalen Volkswirtschaft vorangetrieben. Die Ergebnisse der „Grünen Revolution“ bezogen nachhaltig, daß die Überwindung des Hungers nicht einfach das Produkt neuer, ertragreicherer Getreidesorten und modernerer Agrarkulturmethoden ist. Notwendig sind zugleich grundlegende innere sozialökonomische Wandlungen in den Entwicklungsländern, verbunden mit der Zurückdrängung des Einflusses der internationalen Monopole und der imperialistischen Staaten.

Die Gewinnung der riesigen Rohstoffressourcen auf dem Grund der Weltmeere hängt nicht nur von der Entwicklung ökonomisch vertretbarer Verfahren ab. Vielmehr muß verhindert werden, daß einige wenige internationale Monopole - gestützt auf technologische Vorsprünge - bedeutende Teile des Meeresbereichs okkupieren und damit dessen Nutzung den Gesetzen des Monopolprofits unterordnen.

Der wissenschaftliche Meinungsaustausch zeigte, daß die neuen Fragen das interdisziplinäre Herangehen von Natur- und Gesellschaftswissenschaftlern, wie auch der einzelnen Wissenschaftsdisziplinen in-

Globalprobleme sind Herausforderung für die Lehre und Forschung

dersprüche, z. B. im Kommunikationsbereich oder in der Infrastrukturentwicklung, zu bedrohlichen Menschheitsproblemen ausgeschlossen.

Die primär soziale Bedingtheit der Entstehung und Zuspitzung globaler Probleme zwingt zu der Erkenntnis, daß ihre Lösung nicht automatisch mit dem wissenschaftlich-technischen Fortschritt einhergeht. Gefordert sind die Mobilisierung und der Zusammenschluß aller progressiven Kräfte für eine grundlegende Gesundung und junimkehrbare Stabilisierung der politischen Weltlage, für internationale ökonomische Beziehungen, die auf der Anerkennung der legitimen Interessen aller Völkern und dem gegenseitigen Vorteil beruhen.

Das Kardinale unter den Globalproblemen - Bedrohung der Menschheit durch einen Weltkrieg - hat seine Ursache nicht allein in der Waffentechnik von heute, und es ist ebensowenig „technisch“ lösbar. Rüstungsbegrenzung und Abrüstung können nur im Ergebnis eines zähen, vielgestaltigen Kampfes auf politischer, ökonomischer und ideologischer Ebene erreicht werden. Entscheidende Durchbrüche in Richtung eines militärischen Gleichgewichts auf niedrigerem Niveau eröffneten auch wesentlich günstigere Bedingungen für den Abbau bzw. die Lösung aller globalen Menschheitsprobleme, denn ... die Menschheit hat genug Aufgaben, die nur deshalb nicht gelöst werden, weil kolossale materielle, geistige und andere Ressourcen zweckentfremdet verwendet werden.“ (Erläuterung Juli Andropows vom 24. 11. 1983)

Aber nicht nur die Krieg-Frieden-Frage bedarf zu ihrer positiven Entscheidung der internationalen Klassenaueinanderstellung um tiefgreifende gesellschaftliche, ihrem Charakter nach antiimperialistische Veränderungen.

Die anhaltende Reproduktion der Unterentwicklung der ehemals kolonial unterdrückten Völker, die Verschärfung des Weiter-nährungsproblems sind ebenfalls nicht naturbedingt. Hohe

erfordern. Vor den Politikökonomen steht z. B. die Aufgabe, eine Vielfalt neuer bzw. weitergereifter, sehr komplexer wie auch detaillierter Probleme aufzugreifen. So treten z. B. völlig neue re-produktionstheoretische Fra-genstellungen etwa im Zusammenhang mit der neuen Qualität der Militärtechnik, mit der Einbeziehung der Entwicklungsländer in die internationale Arbeitsteilung, mit Strukturveränderungen sowohl in der sozialistischen Wirtschaft wie auch im Kapitalismus auf. Ihre tiefgründige Analyse verlangt in weitaus stärkerem Maße die Berücksichtigung aufbereiteter naturwissenschaftlich-technischer Erkenntnisse.

Im Grunde genommen können gesellschaftswissenschaftliche Lösungsansätze zu Globalproblemen ohne deren Anweisung nicht gewonnen werden. Daraus leitet sich die Forderung ab, daß von den Gesellschaftswissenschaften grundlegende Forschungsschwerpunkte für die Natur- und Technikwissenschaften angeboten werden. Es sollten damit gesellschaftswissenschaftliche Erkenntnisse über die Triebkräfte und Entwicklungsrichtungen globaler Probleme von den Natur- und Technikwissenschaften aufgegriffen werden.

Die Notwendigkeit des interdisziplinären Vorgehens bringt auch für die Erziehung und Ausbildung der Studenten neue Anforderungen hervor. Einzelne müßte die gesamte Lehrtätigkeit stärker an den Erfordernissen der interdisziplinären Zusammenarbeit ausgerichtet werden. Andererseits verlangt dies von den Studenten aller Fachrichtungen eine höhere Bereitschaft, sich solchen Problemen der Menschheitsentwicklung zu stellen. Voraussetzung dazu ist wiederum ein wachsender Leistungswille und höheres Leistungsvermögen bei der Anbahnung und Anwendung im Studium zu erwerbender Kenntnisse sowie die Fähigkeit, frühzeitig in Forschungsprojekte eingliederbar zu sein.

Doz. Dr. sc. PETER PETSCHNIK, Dr. BERND HENNIG, Sektion Marxismus-Leninismus



Estrella Fernandez, stellvertretende Direktorin der Fakultät für Journalistik der Universität Havana



Dr. Jürgen Grubitzsch, stellvertretender Chefredakteur der „Leipziger Volkszeitung“



Prof. Dr. sc. Jürgen Kübler, Sektion Wissenschaftlicher Kommunismus der Karl-Marx-Universität



Grace Pönitz, Seminargruppe 31, Sektion Journalistik der Karl-Marx-Universität